

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher
Lageblatt Riesa,
Gernsitz Nr. 20,
Postfach Nr. 12.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestellbar bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1530.
Girokonto:
Riesa Nr. 52.

Nr. 158

Dienstag, 10. Juli 1934, abends

87. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags anzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gewöhnliche 46 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 0 Rpf., die 90 mm breite, 3 gespaltene Zeile mm-Zeile im Textteil 25 Rpf. (Grundbreite: Zeit 3 mm hoch). Nachweisungsgebühr 27 Rpf., abstrahender und tabellarischer Satz 50%. Aufschlag. Bei fehlerhaftem undentlichen Manuskript wird Haftung abgelehnt. Telefonisch aufzugebene Anzeigen ohne Gewähr. Letzte Tarife A Nr. 1. Bei Einziehung der Gebühren durch Klage oder in Konkursfällen, sowie durch Zwangsversteigerung wird der für Aufträge etwa bewilligte Nachlass hinfällig. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Kätzentage Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Göttestraße 59. Hauptverleger: Heinrich Wilmann, Riesa, verantwortlich für den gesamten Textteil. Stellvertreter: Rudolf Büttner, Riesa. Verantwortlicher Anzeigenleiter: Wilhelm Tritsch, Riesa. D. N. VI. 34: 6465.

Die Londoner Besprechungen Barthous

Keine englische Beteiligung an den französischen Vorkriegsplänen

London. In den englisch-französischen Besprechungen kam man am Montag nachmittags zur Erörterung der Hauptfragen. Die Besprechungen begannen um 14.30 Uhr, und einige von ihnen dauerten bis zu den späten Nachmittagsstunden. Man hielt es für notwendig, die zur Erörterung stehenden Fragen in zwei Gruppen zu teilen. Die erste Gruppe umfaßte Fragen der Abrüstung, die zweite erstreckte sich auf die Flottenfrage. Die letzte Gruppe wurde von dem französischen Kriegsmarineminister Piétri und dem ersten Lord der Admiralität Cresswell-Monell erörtert. Die Unterredung dauerte fast zwei Stunden und wurde in einem besonderen Raum geführt.

Paris. Die Londoner Besprechungen des Außenministers Barthous werden in französischen politischen Kreisen mit umso größerer Aufmerksamkeit verfolgt, als von der Haltung der englischen Regierung die weitere Entwicklung der französischen Verhandlungen für ein Diktandum und einen Mittelmeerpakt stark beeinflusst werden dürfte. Die Londoner Sonderberichterstatter der großen Informationsblätter sind jedoch am Dienstag morgen nicht in der Lage, wesentliche Einzelheiten über den ersten Tag der gegenseitigen Meinungsäusserungen zu bringen, da man sich auf französischer wie auf englischer Seite in völliges Stillschweigen hüllt. Diese harte Rückhaltung der ausländischen Presse soll nach französischer Darstellung auf einen ausdrücklichen Wunsch der englischen Regierung zurückzuführen sein, da man auf die öffentliche Meinung in England Rücksicht nehmen müsse. Im allgemeinen behauptet man aber, daß die Darlegungen Barthous und besonders der ausführliche Bericht des Direktors für Auswärtige Angelegenheiten am Quai d'Orsay, Renet, über die französische Auffassung von dem System regionaler Pakte auf die englischen Regierungsmitglieder einen sehr guten Eindruck gemacht hätten und daß man wahrscheinlich Grund zu der Annahme habe, daß London einem Mittelmeerpakt wie auch einem Mittelmeer-Pakt wohlwollend gegenüberstehe. Man ist aber auch überzeugt, daß sich die englische Regierung in keiner Weise an diesem Abkommen beteiligen und auch einem angeblich von Frankreich gekünderten Wunsch nicht nachkommen werde, in Berlin und Rom für diese Pakt-Propaganda zu machen.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ hat die angebliche Auffassung der englischen Regierung in vier Punkte zusammengefaßt:

1. England werde sich außerhalb des von Frankreich beabsichtigten Systems halten, lehne aber keine Veranlassung, etwas dagegen zu unternehmen.
2. Man werde englischerseits wahrscheinlich nicht auf die Schwierigkeiten einer Angleichung der von Frankreich beabsichtigten Beistandspakte an den Locarnovertrag hinweisen.
3. Die englischen Bedenken gegen die neue französisch-russische Politik, die daraus hingenägen, daß Frankreich leicht nicht mehr so viel von einer englisch-französischen Zusammenarbeit halte, seien berechtigt, nachdem man sich in England davon „überzeugt“ habe, daß „das Ende der russisch-deutschen Zusammenarbeit und die Beteiligung der Sowjetunion an den Verhandlungen ein Hauptziel der englischen Politik“ sei.
4. England werde gegenüber den französischen Bemühungen eine wohlwollende aber passive Haltung einnehmen. Man dürfe aber nicht von England erwarten, daß es sich in Berlin oder anderswo für die französischen Pläne verwalde.

Diese Gedankengänge werden auch in den anderen großen Informationsblättern vertreten. Neben den Besprechungen Barthous werden auch die vorbereitenden Verhandlungen für die Flottenkonferenz, die von Piétri geführt werden, in großer Form behandelt. Dazu erklärt das „Echo de Paris“, der Wunsch, Deutschland zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, gehe auf Frankreich zurück. England widerlebe sich jedoch diesem Wunsch, da nach seiner Ansicht die Hinzuziehung Deutschlands auch eine Einbindung Russlands nötig machen würde. England befinde sich, daß dann die Frage der Meerengen und die Frage des Gleichgewichts im Mittelmeer aufgeworfen werden könnten. Im übrigen habe man aber Montag bei den Besprechungen festgestellt können, daß auch England gegen den Plan von 35 000 Tonnensprengern sei.

Weiteres über die Londoner Besprechungen der Franzosen

London. Wie man in politischen Kreisen wissen will, ist bei den englisch-französischen Besprechungen am Montag der französisch-russische Plan über einen Beistandspakt berührt worden. Wenn dieser Pakt, so erklärt man, im Rahmen der gegenwärtig vorliegenden Vorschläge, durchgeführt würde, so würde er sich auch auf Deutschland er-

47 000 Arbeitslose weniger

Weitere Entlastung des Arbeitsmarktes im Juni 1934

Berlin. Die Entlastung der Arbeitslosigkeit hat im Juni, wie die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung berichtet, weitere Fortschritte gemacht. Nach einem Rückgang um rund 47 000 betrug die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen rund 2 482 000. Die Abnahme wurde getragen von den konjunkturabhängigen Wirtschaftszweigen. In den Konjunkturberufen hat dagegen die Arbeitslosigkeit etwas zugenommen. Bedeutsam bleibt, daß auch im Berichtsmonat wieder einige mit Großstädten durchsetzte industrielle Bezirke einen weiteren überdurchschnittlichen Rückgang der Arbeitslosenziffer zu verzeichnen haben, so vor allem Groß-Berlin. Mit Rücksicht auf die bisherige günstige Entwicklung der Außenbezüge und zur Deckung des Arbeitsbedarfes in der Landwirtschaft mußten die von der Reichsanstalt geförderten Rotkandarbeiten etwas eingeschränkt werden. Die Zahl der Rotkandarbeiter ist daher im Juni um rund 110 000 auf 392 000 gesunken.

Die Beschäftigungsschwankung bei den öffentlichen öffentlichen Arbeiten konnte indes in der Gesamtzahl der Arbeitslosen mehr als ausgeglichen werden. Demnach konnte die freie Wirtschaft nicht nur den bereits erreichten Beschäftigungsstand behaupten, sondern darüber hinaus im Laufe des Monats Juni eine beachtliche Zahl weiterer Arbeitskräfte — zum Teil infolge der mittelbaren Wirkung der Arbeitsbeschaffung — aufnehmen.

Von der Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen belanden sich 1 078 000 in den Unterbringungseinrichtungen der Reichsanstalt und rund 797 000 als anerkannte Wohlfahrts-erwerbslose in der gemeindlichen Unterbringung, deren Befreiung damit gegenüber Ende Mai weiter um rund 35 000 Arbeitslose abgenommen hat. Unter den von der Reichsanstalt betreuten Arbeitslosen waren rund 263 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und rund 815 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung.

Dr. Fried gegen den Kirchenstreit

Öffentliche Erörterung des evangelischen Kirchenstreites verboten

Berlin. Der Reichsminister des Inneren hat an die Landesregierungen folgenden Erlass gerichtet:

Der von der Reichsregierung und dem deutschen Volk im evangelischen Kirchenstreit herbeigewünschte Friede liegt bedauerlicherweise noch immer in der Ferne. Ungeachtet meiner wiederholten öffentlichen Hinweise auf die Notwendigkeit einer Befriedung wird der Kampf erbittert weitergeführt und dadurch das Aufbauprogramm der Regierung gefährdet und gehemmt. Die Reichsregierung hält nach wie vor daran fest, daß es nicht Aufgabe der Staatsbehörden ist und sein kann, sich in innerkirchliche Angelegenheiten einzumengen, kann aber unter keinen Umständen zulassen, daß

durch die Fortsetzung des Kirchenkampfes ihr Ziel der Schaffung einer wahren Volksgemeinschaft gemißt und ungewollt untergraben wird.

Aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Ruhe verbiete ich daher hiermit bis auf weiteres ausdrücklich alle den evangelischen Kirchenstreit betreffenden Auseinandersetzungen in öffentlichen Versammlungen, in der Presse, in Flugblättern und Flugchriften und erlaube, die in Betracht kommenden Dienststellen unverzüglich zur Durchführung dieses Verbotes mit den erforderlichen Weisungen zu versehen. Amtliche Rundgebungen des Reichsbischofs bleiben hieron unberührt.

treten. Er könnte somit die Gelegenheit für eine Rückkehr Deutschlands und einen Beitritt Sowjetrusslands zum Völkerbund sein. Außerdem soll bei den Unterredungen zwischen dem französischen Kriegsmarineminister Piétri und dem ersten Lord der Admiralität, Cresswell-Monell, die Frage einer Einbindung Deutschlands zur Beteiligung an der Flottenkonferenz 1935 angeschnitten worden sein.

Der Londoner Haas-Verichterstatter behauptet, daß die englisch-französischen Besprechungen vom Montag die Besprechungen zerstreut hätten, die bisweilen in England wegen der Verhandlungspunkte aufgetaucht seien, und daß Barthous nahezu die Zustimmung der englischen Regierung zu diesen Plänen erhalten habe.

„Besonders herzlich“

Die englische Verlautbarung über den Besuch Barthous

Am Schluß der englisch-französischen Unterredungen am Montagnachmittag wurde vom englischen Auswärtigen Amt eine Verlautbarung herausgegeben, in der es heißt:

Der französische Kriegsmarineminister Piétri haben am Montagnachmittag in Begleitung der Mitglieder des französischen Außenministeriums, Corbin, Peger und Massigli, im Foreign Office einen Besuch abgestattet. Sie wurden vom britischen Außenminister Sir John Simon, vom Ersten Lord der Admiralität, Cresswell-Monell, vom Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Sir Robert Vansittart, und vom parlamentarischen Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Stanhope, empfangen. Die Unterredung trug einen besonders herzlichen Charakter; sie erstreckte sich auf einen Meinungsäusserungsaustausch über europäische Fragen, die die beiden Länder interessieren. Der Meinungsäusserungsaustausch wurde am Nachmittag von den Außenministern der beiden Länder fortgesetzt.

Der französische Kriegsmarineminister Piétri und der Erste Lord der Admiralität, Cresswell-Monell, hatten zu gleicher Zeit im Gebäude der Admiralität eine Zusammenkunft, bei der die Vorbereitungen für die Flottenkonferenz erörtert wurden. Weitere Zusammenkünfte werden Dienstagvormittag im Foreign Office und im Gebäude der Admiralität stattfinden.

Reichstag

für Freitag einberufen

Berlin. Der Reichstag ist für Freitag, den 13. Juli, 20 Uhr einberufen worden. Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Starker Eindruck der Friedensrede Heß in Belgien

Brüssel. Der Friedensappell, den der Stellvertreter des Führers an die Welt gerichtet hat, wird in der öffentlichen Meinung Belgiens sehr beachtet. Die gesamte Presse bringt lange Auszüge aus der Rede. Aus den großen Schlagzeilen der Blätter, in denen der Hauptinhalt der Rede kurz und meist objektiv charakterisiert wird, und aus den zahlreichen Zwischenüberschriften, mit denen die einzelnen Teile eingeleitet werden, ist zu ersehen, daß die Rede eine starke Wirkung ausgeübt hat. Verschiedene Blätter unterstreichen die politische Bedeutung der Ausführungen des Reichsministers Heß durch einen Hinweis auf die besondere Vertrauensstellung, deren er sich beim Führer erfreut. Besonders Eindruck hat die offene Art gemacht, mit der das deutsch-französische Verhältnis in der Rede behandelt wird. Besonders herzlich sind natürlich die Kreise, die in den letzten Tagen versucht haben, durch einen maßlosen Dethronierungsaufruf die öffentliche Meinung gegen Deutschland aufzubringen. Der marxistische „Peuple“ schwört von einer „Bedrohung Frankreichs“, die diese „erwacht“ Reden“ angeblich bedeuten soll. Mit diesem Urteil steht das deutsch-feindliche Blatt erfreulicherweise ziemlich allein da. Es ist unverkennbar, daß die Rede eine erfolgreiche Gegenwirkung gegen die Heßkampagne der letzten Tage ausgelöst hat.